-we-

Vom 30. März bis 10. April hatte in Brüssel eine "EG-China-Handelswoche" stattgefunden, an der Vizeministerpräsident Gu Mu mit einer Reihe von Verantwortlichen aus Wirtschaftsabteilungen und Ministerien teilnahm. Zuhörer waren 700 Manager aus mehr als 300 EG-Unternehmen und Banken. Während der Handelswoche erklärte die chinesische Seite den Europäern Einzelheiten über den chinesischen Binnen- und Außenhandel sowie über die Wirtschaftsreformen. Beide Seiten diskutierten auch Fragen wie den Bau von Hafenanlagen, Eisenbahnen, Kraftwerken, ferner der technischen Umgestaltung der Leichtindustrie und der Energiewirtschaft. Die Chinesen hoffen darüber hinaus, daß Westeuropa an China Getreide, Zuchtvieh und landwirtschaftliche sowie tierische Produkte liefern wird. China werde solchen Importen Priorität einräumen. Am Schluß wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem beide Seiten den Wunsch nach Weiterentwicklung ihrer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bekräftigten. Das Handelsvolumen zwischen China und der EG ist von 21 Mio.US\$ i.J. 1977 auf 50 Mio.US\$ i.J. 1980 gestiegen. Hierbei betrug das chinesische Exportvolumen 23 Mio.US\$ (XNA, 31.3., 1. und 2.4.81).

INNENPOLITIK

(8) Kritik an sog. "bürgerlicher Liberalisierung"

Das Organ des Zentralkomitees der KP China, die "Volkszeitung", hat am 31. August 1981 zur Kritik an einer sog. "bürgerlichen Liberalisierung" an der "ideologischen Front" aufgerufen. Unter "ideologischer Front" sind im wesentlichen folgende Bereiche zu verstehen: Kunst und Literatur, Theorie, Nachrichtenwesen, Verlagswesen und Erziehungswesen. Die "Volkszeitung" berichtete von einer Aussprache Deng Xiaopings mit Verantwortlichen des KPCh- Propagandaapparats vom 17.Juli 1981, während der Deng Xiaoping nachdrücklich auf eine Kritik bürgerlich-liberaler Tendenzen insbesondere auf dem Literatur- und Kunstsektor gedrungen hatte. Dabei hatte Deng den Schriftsteller Bai Hua wegen dessen Filmdrehbuch "Unerwiderte Liebe" namentlich kritisiert. Die "Volkszeitung" zitierte Deng Xiaoping u.a. mit folgendem Satz: "Der Kern der 'Vier grundlegenden Prinzipien' ist das Festhalten an der Führung durch die Partei, und der Kern der bürgerlichen Liberalisierung ist eben genau der Kampf gegen die Führung durch die Partei." Der "Volkszeitung" zufolge kritisierte Deng Xiaoping die Verantwortlichen an der "ideologischen Front", da sie die Tendenz einer "bürgerlichen Liberalisierung" zu wenig beachtet, kritisiert und bekämpft hätten (siehe auch RMRB, 1.9.81). Deng betonte jedoch, daß zur Kritik der "bürgerlichen Liberalisierung" nicht wieder der alte Weg eingeschlagen und eine "Kampagne" gemacht werden dürfe. Die seit der Deng-Kritik an bürgerlichen Liberalisierungstendenzen nicht mehr von Beijing unterstützte Hongkonger Zeitschrift "Zhengming" berichtete in ihrer Oktober-Ausgabe, daß Deng Xiaoping und Hu Yaobang ursprünglich eine größere Kampagne zur Kritik an der sog. "bürgerlichen Liberalisierung" geplant hätten. Ministerpräsident Zhao Ziyang habe sich jedoch entschieden dagegen ausgesprochen, da seiner Meinung nach eine Kritikkampagne größeren Stils den Wirtschaftsaufbau negativ beeinflussen würde. Außerdem seien wegen der Kritik an Bai Hua bereits einige Auslandschinesen, die in China gelehrt hätten, abgereist, und eine Gruppe von amerikanischen Auslandschinesen habe deshalb ihren geplanten Lehraufenthalt in China abgesagt (Zhengming, Nr. 48, S. 13-14). Die schärfere Gangart der chinesischen Parteiführung

gegen von der Parteimeinung abweichende Auffassungen haben bisher nicht nur Bai Hua und andere seiner Schriftstellerkollegen zu spüren bekommen, sondern auch die Aktivisten der "Demokratischen Bewegung" aus den Jahren 1978/79: Nahezu alle ihrer Führer sind mittlerweile verhaftet und zumeist ohne ordentliches Strafverfahren in Arbeitslager verschickt worden. Das schärfere Vorgehen gegen Kritiker der Partei wurde auch in Hongkong spürbar: Dort mußte Ende Juli 1981 die Tageszeitung "Zhengming Ribao" nach nur einmonatigem Erscheinen dichtmachen, weil sie von kommunistischen Unternehmen plötzlich nicht mehr unterstützt wurde. Die von der KPCh in den letzten Wochen immer wieder beschworene Methode der "Kritik und Selbstkritik" scheint für die Kritiker der Partei nur insofern zu gelten, als die Partei das alleinige Recht auf Kritik hat, während die von der Partei Kritisierten nur Selbstkritik im Sinne der Kritik der Partei üben diirfen. -sch-

(9) Kritik an Bai Huas Drehbuch "Unerwiderte Liebe" wieder aufgeflammt

Im Rahmen einer großangelegten Kritik an der "bürgerlichen Liberalisierung" ist die Kritik an dem Drehbuch "Unerwiderte Liebe" des Schriftstellers Bai Hua sowohl innerhalb der KP Chinas als auch in den chinesischen Massenmedien wiederaufgeflammt (zur ersten Kritikrunde an Bai Hua siehe B. Staiger, "Die Rehabilitierung Hu Fengs und die Kritik an Bai Hua...", in C.a., Juni 1981). Der amtierende chinesische Kultusminister, Zhou Weizhi, ging in seinem Bericht über einige Probleme auf dem kulturellen und künstlerischen Sektor auf der 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK ebenfalls namentlich auf Bai Hua ein. Zhou bezeichnete Bai Huas Drehbuch "Unerwiderte Liebe" als ein Beispiel für Tendenzen innerhalb des literarischen und künstlerischen Sektors, nach absoluten Freiheiten und extremen individualistischen Rechten zu verlangen, sich von der Parteiführung loszulösen, vom sozialistischen Weg abweichen zu wollen und für eine bürgerliche Liberalisierung einzutreten. Deshalb müsse dieses Drehbuch einer ernsten Kritik unterzogen werden. Zhou Weizhi forderte jedoch, gegenüber dem Verfasser eine Haltung der "Erziehung, Hilfe und Einheit" einzunehmen (RMRB, 10.9.81). Parteiintern wurden jedoch gegen Bai Hua wesentlich härtere Töne angeschlagen: Innerhalb des ZK-Dokuments 1981/Nr.30 wurde Bai Hua ultimativ zur Selbstkritik aufgefordert und erhielt eine scharfe Verwarnung des Zentralkomitees: Unter Umständen könne sich der Widerspruch zwischen ihm und der Partei, der bislang noch ein "Widerspruch im Volke" gewesen sei, in einen "Widerspruch zwischen uns (KPCh) und dem Feind (Bai Hua)" verwandeln. Der Fall Wei Jingsheng (der im Oktober 1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war) sei ein Beispiel hierfür (nach Zhengming, Nr.48, 1.10.81, S.8). Darüber hinaus wurde in dem ZK-Dokument die Shanghaier Wenhui Bao aufgefordert, Artikel zur Kritik an Bai Huas "Unerwiderte Liebe" zu verfassen, die von der Volkszeitung nachzudrucken sind (nach ebenda).

Das Wiederaufleben der Kritik an Bai Hua geht zurück auf eine namentliche Kritik Deng Xiaopings an dem Autor von "Unerwiderte Liebe" während eines Gespräches mit hohen Parteikadern des KPCh-Propagandaapparats am 17.Juli 1981. Damals hatte Deng Xiaoping Bai Hua u.a. vorgeworfen, daß es ihm an dem notwendigen Parteigeist mangele. Anfang August 1981 fand dann im Auftrag des Zentralkomitees ein nationales Forum über Probleme an der ideologischen Front in Beijing statt, das von der ZK-Propagandaabteilung veranstaltet worden war. In einer Rede auf diesem Forum kritisierte auch der ZK-Vorsitzende Hu Yaobang das Drehbuch Bai Huas: "'Unerwiderte

Liebe' schadet dem Volk und schadet dem Sozialismus und muß deshalb kritisiert werden. 'Unerwiderte Liebe' ist kein isoliertes Problem, sondern steht für eine falsche Strömung" (nach ebenda; siehe auch Banyue Tan, 1981/Nr.17, S.3-6). Kurze Zeit danach fand vom 20. bis 25.August 1981 in Beijing ein Literatur- und Kunstforum statt, auf dem von mehreren Teilnehmern das Drehbuch Bai Huas ebenfalls kritisiert wurde. So bezeichnete der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK und Vorsitzende des Nationalen Verbands der Literatur- und Kunstschaffenden Chinas, Zhou Yang, das Drehbuch als Ausdruck einer falschen Tendenz. Deshalb müsse "Unerwiderte Liebe" kritisiert werden. Zhou Yang übte Selbstkritik, da er es unterlassen habe, "Unerwiderte Liebe" rechtzeitig und korrekt zu kritisieren (RMRB, 10.9.81).

(10) Verschärfung ideologischer Grenzen

Im August hielt die Propagandaabteilung des ZK der KPCh eine nationale Konferenz ab, an der mehr als 300 führende Propagandakader beteiligt waren. Sowohl Deng Xiaoping als auch der neue Parteichef Hu Yaobang hielten programmatische Reden, die eine Verschärfung der ideologischen Kontrolle aller Bereiche durch die Partei forderten. Insbesondere bezogen sich die Forderungen auf "bourgeoise Tendenzen" in Kunst und Literatur. Deng machte "die Situation einer schlaffen und schwachen Führung" für die Entwicklungen verantwortlich. "Die gegenwärtige Situation, die mehr Aufmerksamkeit bedarf, ist die der schlaffen und schwachen Führung und die Tatsache, daß falsche Tendenzen gegenwärtig nicht kritisiert werden können, ohne daß es heißt, dies sei die Anwendung des großen Knüppels... Das Entscheidende an der Aufrechthaltung der vier grundlegenden Prinzipien ist die Führung durch die Partei... Sowohl die Führung durch die Partei als auch das sozialistische System sollten verbessert werden, aber bourgeoise Freiheit und Anarchie sind unzulässig... In der Handhabung der gegenwärtigen Probleme müssen wir aus der Vergangenheit lernen. Der alte Weg darf nicht wieder begangen werden. Es dürfen keine Kampagnen oder umfassenden Angriffe gegen Leute gestartet werden... Das Maß an Kritik sollte in angemessener Weise verbleiben."

Interessant erscheint, daß Hu Yaobang den Fall des "Genossen Bai Hua" ausführlich ansprach. "Die Kritik an dem Filmszenario 'Bittere Liebe', die gegenwärtig in Kunst- und Literaturkreisen stattfindet, sollte vermünftig gehandhabt werden. Genosse Bai Hua hat in der Tat gute Arbeiten geschrieben, aber 'Bittere Liebe' ist nicht gut für die Leute und den Sozialismus und sollte deshalb kritisiert werden. 'Bittere Liebe' ist nicht ein Fall für sich, sondern repräsentiert eine falsche Tendenz" (nach SWB, 2.9.81).

(11) Hu Yaobang: Ideologische Vereinheitlichung wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen

In einer Rede auf der 6.Plenartagung des XI.ZK am 29.Juni 1981 hat der neue Vorsitzende der KPCh, Hu Yaobang, die Ansicht vertreten, daß die ideologische Vereinheitlichung von Partei und Gesellschaft noch zwei bis fünf Jahre in Anspruch nehmen werde. Die 6.Plenartagung habe mit der Verabschiedung der "Resolution über einige Fragen in der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" zunächst einmal in der Leitideologie der Partei die Verwirrung durch Ordnung ersetzt, d.h. die offizielle Parteiideologie der Nach-Mao-Ara festgeschrieben. Die konkrete Arbeit der ideologischen Vereinheitlichung von Partei und Gesellschaft im Sinne der nun neu

definierten Leitideologie der Partei bezeichnete Hu Yaobang jedoch als noch nicht abgeschlossen. Die Anstrengungen zur ideologischen Vereinheitlichung sollen sich nach Hu Yaobang vor allem auf zwei Ziele konzentrieren: 1. auf die Verbesserung der Arbeit auf dem wirtschaftlichen Sektor und 2. auf die Schaffung einer "sozialistischen geistigen Zivilisation". Diesbezüglich vertrat der neue Parteivorsitzende die Ansicht, daß sich die wirtschaftliche Lage seit der 3.Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 verbessert habe. Dies gelte insbesondere für die Situation der Landwirtschaft. Hingegen hätten sich, so Hu Yaobang, der Arbeitsstil der Partei und das gesellschaftliche Klima noch nicht zum Besseren gewendet. Hu Yaobang bezog sich hierbei wahrscheinlich auf den Bürokratismus, die Privilegiensucht, "linke" (d.h. maoistische) Tendenzen sowie fachliche Inkompetenz innerhalb der Partei sowie auf die hohe Kriminalitätsrate und die Tendenz einer sog. "bürgerlichen Liberalisierung" innerhalb der Gesellschaft. Auszüge aus der Rede Hu Yaobangs auf der 6.Plenartagung im Juni 1981 wurden von der Hongkonger KPChorientierten Zeitschrift Jingbao in ihrer September-Ausgabe (S.10-11) veröffentlicht.

(12) Diskussion um Rechtsstellung

Unter dem Titel "Diskussionen zur Herrschaft durch das Recht und Herrschaft durch Menschen" faßt die RMRB vom 24.August verschiedene Ansichten chinesischer Rechtsgelehrter und Fachleute zusammen, wie sie auf verschiedenen Fachkonferenzen geäußert wurden. Laut RMRB ergeben sich danach drei große Positionen, die im folgenden des längeren zitiert werden sollen.

"Eine Ansicht war die der Unverzichtbarkeit beider, der Herrschaft durch das Recht und durch Menschen... Einige Genossen betrachten das Wort 'Mensch' in der Herrschaft durch Menschen als die Volksmassen unter der Führung durch die Partei. Auf der Grundlage dieses Verständnisses meinten sie, daß es in einem sozialistischen Land nötig sei, Herrschaft durch das Recht auszuüben, daß man aber die Herrschaft durch Menschen nicht aufgeben könne... In der Geschichte unseres Landes haben die Konfuzianer immer der Herrschaft durch Menschen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, aber sie sahen auch die Herrschaft durch das Recht für wichtig an. Die Legalisten schenkten der Herrschaft durch das Recht besondere Aufmerksamkeit, aber sie verwarfen auch nicht die Herrschaft durch Menschen... Das zeigt, daß Herrschaft durch Recht und Herrschaft durch Menschen immer zusammengehört haben. Es ist nicht wünschenswert, eins gegen das andere zu setzen...

Eine andere Ansicht war die, daß Herrschaft durch das Recht und Herrschaft durch Menschen nicht zusammengehören können... Sie sind zwei völlig unterschiedliche Herrschaftsweisen. Die sogenannte Herrschaft durch Menschen stützt sich auf die persönliche Autorität der Machthaber, um das Land zu lenken. Das heißt nicht, daß die Herrschaft durch Menschen nicht Recht benötigt, sondern daß das Recht dem persönlichen Willen des Machthabers total untergeordnet ist... Die Herrschaft des Rechts negiert nicht die Herrschaft durch Menschen, aber wenn das Recht und der persönliche Wille in Konflikt miteinander stehen, sollten alle Menschen, einschließlich des Machthabers, nach dem Recht handeln... Die Herrschaft des Rechts sollte ausgeübt werden, nicht die Herrschaft durch Menschen. Durch Menschen zu herrschen, läßt dem Machthaber Raum, die Herrschaft des Rechts zu übergehen und zu sabotieren... Einige Genossen wiesen sogar offen darauf hin, daß der Grund dafür, daß wir die Herrschaft des Rechts und die Herrschaft durch Menschen heute diskutieren, darin

liegt, daß sich der Nihilismus hinsichtlich des Rechts seit 1958 ungehindert ausbreitete... Diese historische Lektion lehrt uns, daß in einem sozialistischen Land die Ausübung der Herrschaft des Menschen ohne Herrschaft durch das Recht oder die Integration der Herrschaft des Rechts und der Herrschaft durch Menschen nicht in Frage kommt... Eine weitere Ansicht war, daß die Konzepte 'Herrschaft des Rechts' und 'Herrschaft durch Menschen' unwissenschaftlich sind... Der Grund, warum 'Herrschaft durch Menschen' unwissenschaftlich ist, kann leicht gesehen werden. Im Verhältnis dazu ist das bei Herrschaft des Rechts schwerer zu erkennen. Das wesentliche Kennzeichen der Idee der Herrschaft des Rechts ist die Behauptung 'Vorherrschaft des Rechts', wonach das Recht alles andere übersteigt und alles entscheidet. In unserem Land kann das Recht keine solche Rolle spielen. Was die entscheidende Rolle spielt, das sind die vier grundlegenden Prinzipien. Wenn man die Herrschaft des Rechts blindlings betont, in welcher Position steht dann die Parteiführung... Fernerhin gibt es in unserem Land wissenschaftliche Slogans wie 'die sozialistische Demokratie fördern' und 'das sozialistische Rechtssystem stärken'. Sollte man da den Slogan 'Herrschaft des Rechts ausüben' verbreiten, so würde dies nur in theoretischer und praktischer Verwirrung enden."

(13) Entwurf der Zivilprozeßordnung kurz vor der Endfassung

Der Entwurf der "Zivilprozeßordnung der Volksrepublik China" steht kurz vor der Endfassung. Nachdem die 4.Fassung des Entwurfs vom Rechtsausschuß des Ständigen Ausschusses des NVK verabschiedet worden war, wurde sie im August den Ständigen Ausschüssen der Volkskongresse auf Provinzebene mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Spätestens bis zum 15. September sollten diese ihre eventuellen Anderungswünsche dem NVK-Rechtsausschuß vorgelegt haben (RMRB, 2.9.81). Anhand der Anderungswünsche aus den Provinzen, Autonomen Gebieten und regierungsunmittelbaren Städten soll dann vom NVK-Rechtsausschuß die Endfassung des Entwurfs der Zivilprozeßordnung erstellt werden, die möglicherweise bereits auf der 4. Tagung des V. NVK im November 1981 verabschiedet werden wird. Die Verabschiedung einer bislang in der chinesischen Rechtsordnung nicht vorhandenen Zivilprozeßordnung brennt der Partei- und Staatsführung vor allem auch deshalb unter den Nägeln, weil sich die Zahl der Zivilstreitigkeiten um Wirtschaftsverträge, Ackerland, Wald und Bauland im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Liberalisierung in letzter Zeit enorm erhöht hat (HQ, 1981, Nr.14, S.25). Die 4.Fassung des Entwurfs der Zivilprozeßordnung umfaßt 269 Paragraphen in 27 Kapiteln und 5 Teilen. Sie enthält bereits die Vorschläge und Anderungswünsche der Volksgerichtshöfe und weiterer Justizorgane von der Kreisebene aufwärts, die die 1. Entwurfsfassung der Zivilprozeßordnung zu beurteilen hatten (RMRB, 2.9.81). -sch-

(14) 57.000 VBA-Offiziere für den Polizei- und Justizapparat

Der 1.stellvertretende chinesische Justizminister, Li Yunchang, hat auf einer Tagung der Juristen Nordchinas bekanntgegeben, daß 57.000 VBA-Offiziere im Alter von 29 bis 45 Jahren in den Zivildienst überstellt worden seien und z.Zt. eine juristische Ausbildung erhielten. Nach dem Abschluß dieser juristischen Unterweisung würden sie den Abteilungen für öffentliche Sicherheit, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten der verschiedenen Ebenen zugeteilt werden (XNA,

21.9.81).

(15) Abnahme der Kriminalität?

Verschiedenen Rundfunkberichten vom August und September 1981 zufolge soll in einigen chinesischen Städten die Kriminalitätsrate im Juni und Juli zurückgegangen sein. Einschränkend wurde jedoch betont, daß von einer grundlegenden Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung noch keine Rede sein könne. Insbesondere wurden die häufigen Fälle von Gewaltkriminalität (Vergewaltigung, Raub und Mord, die sehr oft von jugendlichen Banden verübt werden) beklagt.

(16) Deng Xiaoping spricht sich für die Wiedereinführung des Amtes des Staatspräsidenten aus

Der eigentliche starke Mann der chinesischen Partei- und Staatsführung, Deng Xiaoping, hat sich am 9. September 1981 während eines Treffens mit einer Delegation der japanischen Komei-Partei für die Wiedereinführung des Amtes des Staatspräsidenten der Volksrepublik China ausgesprochen. Deng meinte, daß ein so großes Land wie China ein solches Amt brauche. Gegenwärtig werde die Vorlage über eine entsprechende Verfassungsänderung geprüft. Deng Xiaoping betonte, daß er das Amt des chinesischen Staatsoberhaupts "auf keinen Fall" übernehmen wolle. Dies würde eine zu große Arbeitsbelastung für ihn darstellen, und wenn er dieses Amt übernehmen würde, "könnte ich keine weiteren zwanzig Jahre leben". Außerdem wolle er jungen Leuten die Möglichkeit geben, in vorderster Linie zu stehen. Er selbst plane, sich etwa i.J. 1985 aus der Tagespolitik zurückzuziehen und dann als "Berater" tätig zu sein (Mainichi Shimbun, 10.9.81, nach MD, 15.9.81). Ergänzend hierzu teilte Ji Pengfei (einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten und Direktor der ZK-Abteilung für internationale Beziehungen) einer Gruppe japanischer Parlamentarier mit, daß der V. Nationale Volkskongreß auf seiner 4. Tagung im November 1981 noch keine Entscheidung über eine Anderung der chinesischen Verfassung vornehmen werde. Ji erklärte, das Problem einer Verfassungsänderung solle erst im kommenden Jahr aufgegriffen werden, nachdem neue Mitglieder in den NVK gewählt worden seien (Radio Japan, dt., 8.9.81, nach MD, 9.9.81).

Gegen die Wiedereinführung des Amtes des Staatspräsidenten sprach sich Zhang Shixin, Dozent für internationale Politik an der Shanghaier Fudan-Universität in der in Shanghai erscheinenden Zeitschrift "Minzhu Yu Fazhi" (Demokratie und Rechtssystem) aus (1981/Nr.9, nach SWB, 24.9.81). Zhang schlug indessen vor, ein kollektives Staatsoberhaupt zu bilden. So solle der Ständige Ausschuß des NVK ein fünfköpfiges Präsidium wählen, deren Mitglieder jeweils für ein Jahr die Funktionen eines Staatsoberhaupts ausüben sollten. Gegenwärtig übt der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Marschall Ye Jianying, die Funktionen eines chinesischen Staatsoberhaupts aus. Da Ye seit einigen Monaten an zunehmender Altersschwäche leidet, wird er in seinen Repräsentationspflichten als De-facto- Staatsoberhaupt zumeist von zweien seiner Stellvertreter vertreten: Peng Zhen und Xi Zhonaxun.

-sch-

(17) Deng Xiaoping sagt langsame Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandars voraus

In einem Gespräch mit einer Delegation der japanischen Komei-Partei am 9. September 1981 hat Deng Xiaoping die Ansicht geäußert, daß die chinesische Wirtschaft auch noch im 21. Jhdt. gegenüber der Wirtschaft der entwickelten Länder im Rückstand sein werde. Erst gegen Ende des 21. Jhdts. werde China den Stand der wirtschaftlich und technologisch fortgeschrittenen Länder erreicht haben - wenn es gut liefe, vielleicht auch 30 bis 50 Jahre früher. Künftig müsse man darauf achten, die Ressourcen des Landes nicht zu verschwenden und nicht einen zu großen Teil des Nationaleinkommens in die Konsumtion fließen zu lassen. Die Verbesserung des Lebensstandards sei wichtig, doch wenn man nur den Konsum betone, werde Entwicklung unmöglich. Deshalb könne der Lebensstandard des chinesischen Volkes auch nur schrittweise verbessert werden. Wenn man nur nach materiellem Genuß strebe, könne das Ziel der KPCh, nämlich die Schaffung eines modernen und starken sozialistischen China, nicht erreicht werden. Deshalb müsse auch mehr Wert auf Moral, "geistige Zivilisation" und "große Ideale" gelegt werden (Mainichi Shimbun, 10.9.81, nach MD, 15.9.81; RMRB, 10.9.81). -sch-

(18) Hu Yaobang bestätigte politische Führungsrolle Deng Xiaopings

Die Hongkonger KPCh-orientierte Monatszeitschrift Jingbao berichtete in ihrer September-Ausgabe vom Inhalt einer Rede des Parteivorsitzenden Hu Yaobang, die dieser auf der 6.Plenartagung des XI.ZK am 29.Juni 1981 gehalten hatte. In dieser Rede bestätigte Hu Yaobang nachdrücklich die führende Rolle Deng Xiaopings im gegenwärtigen politischen Entscheidungsprozeß der Volksrepublik China. Nach dem Sturz der "Viererbande" seien innerhalb des ZK-Politbüros die Verdienste der Alten Garde Ye Jianying, Deng Xiaoping, Li Xiannian und Chen Yun am größten. Aufgrund seines hohen Niveaus und seiner reichhaltigen Erfahrung habe Deng Xiaoping jedoch die wichtigste Rolle gespielt. Zu seiner Wahl zum neuen Parteivorsitzenden der KPCh führte Hu Yaobang aus, daß er aufgrund "besonderer historischer Bedingungen" auf diesen Posten befördert worden sei. Denn: "Eigentlich wäre Genosse Deng Xiaoping am geeignetsten gewesen. Von seinem Niveau, seinen Fähigkeiten und seinem Ansehen her wäre Genosse Deng Xiaoping hierfür wirklich 'erste Wahl' gewesen." Auch auf internationaler Ebene wüßten sehr viele Menschen, daß heute Deng Xiaoping "die entscheidende Rolle in den wichtigen Angelegenheiten unseres Staates spielt". Auch an anderen jüngeren Kandidaten für den Posten des Parteivorsitzenden habe es nicht gemangelt: So wäre z.B. auch Ministerpräsident Zhao Ziyang (63) ein vielversprechender Kandidat für diesen Posten gewesen. Nun da man sich für ihn (Hu Yaobang, 66) entschieden habe, wolle er jedoch klarstellen, daß sich dadurch an der Rolle der Alten Garde Ye Jianying (84), Deng Xiaoping (77), Li Xiannian (76) und Chen Yun (76) nichts geändert habe: "Diese Genossen stellen den Führungskern des Zentralkomitees dar." Aber: "Vor allem ist es der Genosse Deng Xiaoping, der nicht nur die Gesamtlage beherrscht, sondern auch der eigentliche Architekt (der gegenwärtigen Politik) ist." -sch-

(19) Obt Xi Zhongxun die Funktionen des ZK-Generalsekretärs aus?

Der auf der 6.Plenartagung des XI.ZK (27.-29.6.1981) neu ins ZK-Sekretariat gewählte Xi Zhongxun soll die Aufgaben des

ZK-Generalsekretärs übernommen haben. Dies berichtete die Hongkonger "Zhengming Ribao" (nach SWB, 18.7.81). Auf der jüngsten ZK- Tagung war es zu keiner Einigung über die Besetzung dieses sehr wichtigen Postens gekommen, den bisher der neugewählte Parteivorsitzende Hu Yaobang innegehabt hatte. "Zhengming Ribao", die nach nur einmonatigem Erscheinen am 27.Juli eingestellt wurde, berichtete, daß Hu nach dem ursprünglichen Plan der Deng-Gruppe auch nach seiner Wahl zum ZK-Vorsitzenden ZK-Generalsekretär hätte bleiben sollen. Hierfür fand sich jedoch ebensowenig eine ZK- Mehrheit wie für den danach gemachten Voschlag, entweder Xi Zhongxun oder Peng Chong zum neuen ZK-Generalsekretär zu wählen. "Zhengming Ribao" zufolge einigte sich das ZK in dieser Frage schließlich auf den folgenden Kompromiß:

- Die Entbindung von Hu Yaobang vom Posten des ZK- Generalsekretärs wird nicht offiziell bekanntgegeben.
- Xi Zhongxun wird inoffiziell mit den Aufgaben des ZK-Generalsekretärs betraut.
- Weder Hu Yaobang noch Xi Zhongxun werden öffentlich als "ZK-Generalsekretär" bezeichnet.

Die Hongkonger Monatszeitschrift "Zhengming" berichtete in ihrer September-Ausgabe (Nr.47, S.7), daß Xi Zhongxun innerhalb des Sekretariats die Funktion des "Ständigen Sekretärs" (changwu shuji) ausübe. Dies würde bedeuten, daß Xi mit der tagtäglichen Routinearbeit des Sekretariats betraut worden ist, d.h. er füllt in etwa die Funktionen eines hauptamtlichen Geschäftsführers bzw. Generalsekretärs des ZK-Sekretariats aus.

-sch-

(20) Deng in Xinjiang

Vom 10. bis zum 19. August besuchten Chinas Partei- und Staatsführer Deng Xiaoping, Wang Zhen und Wang Renzhong die Autonome Region Xinjiang. Die offizielle Berichterstattung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zeichnete ein Bild der Leutseligkeit des Besuches. So wird u.a. beschrieben, daß Deng und seine hohen Begleiter in einem Minibus reisten, zwischendurch auf einem Brotkarren aufsaßen und sogar "ein braunes Pferd mit schwarzer Mähne" bestiegen. Zu den zentralen Punkten der Berichterstattung gehörten ferner die Begegnungen mit einem kleinen Uighur-Mädchen, bei dessen Bemerkungen gegenüber "Großvater Deng" alle Umstehenden "laut lachen mußten". Nur in einem Schlußabsatz vermerkt die Nachrichtenagentur, daß "Deng Xiaoping, Wang Zhen und Wang Zhenrong während ihrer Inspektionstour die führenden Kader der verschiedenen Nationalitäten trafen". Aufschluß über den eigentlichen Zweck der Reise scheint ein Hinweis der Hongkonger Da Gong Bao vom 2. September zu geben, in dem es heißt, daß Mitglieder des ZK der KPCh verschiedene Gebiete seit der dritten Plenartagung des 11.ZK aufgesucht hätten, um die 'glorreiche Tradition der Partei' zu erneuern. Der Vorsitzende Hu Yaobang, Ministerpräsident Zhao Ziyang und andere hatten ebenfalls Teile des Landes auf Inspektionstouren aufgesucht, von denen einige bekanntgemacht worden seien und andere nicht."

Wird der Besuch im Zusammenhang mit einer Konferenz des Parteikomitees Xinjiang gesehen, an der Kader der Kreisebene und darüber teilnahmen, so ging es offensichtlich darum, der Bedeutung der "Resolution zu gewissen Fragen in der Geschichte unserer Partei seit der Gründung der Volksrepublik China" Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus sollten vermutlich Reibungsschwierigkeiten zwischen Han-chinesischen Kadern und Minderheitenkadern überwunden werden. "Die Konferenz forderte die Kader der ethnischen Minderheiten auf, einander vor allem anderen festes Vertrauen entgegenzubrin-

gen... Die Genossen meinten, daß die Kader der Han-Nationalität in Xinjiang einen korrekten Standpunkt einnehmen sollten, das heißt, daß ohne die Kader der ethnischen Minderheiten die Arbeit auf keinem Gebiet in Xinjiang gut getan werden könnte." Ähnliches wurde auch von den Minderheitenvertretern in umgekehrter Weise gefordert (XNA, 22.8.81).

Den Hintergrund des Besuches von Deng Xiaoping in Xinjiang dürften mehrere Unruhen bilden, die sich dort zumindest in den letzten beiden Jahren zwischen den einheimischen 5,6 Millionen Uighuren und den 5,2 Millionen in Xinjiang z.T. zwangsangesiedelten Han-Chinesen ereigneten. Besonders gespannt ist das Verhältnis zwischen den Uighuren und den Han-Funktionären, die die politische und militärische Führung des Autonomen Gebiets Xinjiang innehaben. Die Uighuren sind mit den Han-Kadern allgemein unzufrieden, da sie mehr Selbstverwaltung und weniger Han-chinesische Fremdherrschaft wollen. Die meisten Han-Kader wiederum wollen in ihre chinesische Heimat zurückkehren, da sie sich in Xinjiang nicht wohl fühlen und Auseinandersetzungen mit den Uighuren fürchten. Auch unter den anderen in Xinjiang lebenden nationalen Minderheiten scheint es Unzufriedenheit über die bisherige chinesische Politik in dem sog. "autonomen" Xinjiang zu geben. Neben den Uighuren wohnen im früheren Ostturkestan noch folgende Volksgruppen: Hui, Mongolen, Kasachen, Kirgisen, Sibo, Tadschiken, Usbeken, Russen, Ewenken, Tahuren, Tartaren und Manzu. Um zur Entschärfung der angespannten Lage in Xinjiang beizutragen, war Politbüromitglied Wang Zhen, von 1949 bis 1954 einer der militärischen Führer von Xinjiang, bereits im Oktober 1980 und im Mai 1981 zu "Inspektionsreisen" nach Xinjiang entsandt worden - offenbar ohne großen Erfolg, wie der erneute "Inspektionsbesuch" zusammen mit dem wichtigsten chinesischen Politiker, Deng Xiaoping, in Xinjiang im August d.J. andeutet (Zhengming, Nr.45, S.15-17, Nr. 47, S.7; IHT, 14.9.81).

Xinjiang ist für die Beijinger Zentrale von erheblicher militärstrategischer Bedeutung: Dieses Autonome Gebiet grenzt u.a. an die Sowjetunion, die Mongolische Volksrepublik, an Indien und an Afghanistan. Darüber hinaus befindet sich das chinesische Atomtestzentrum Lop Nor in Xinjiang. Mehrere sowjetische Rundfunkstationen strahlen spezielle Sendungen für die in Xinjiang lebenden Uighuren, Usbeken, Tadschiken und Kasachen aus (alle diese Völker sind Moslems!), in denen antichinesische Propaganda getrieben wird (The Korean Herald, 1.9.81). Unlängst hat die Sowjetunion auch eine neue Monatszeitschrift in uighurischer Sprache unter dem Titel "Die Stimme Ostturkestans" herausgebracht, in der u.a. zum "bedingungslosen Kampf gegen die chinesischen Kolonialisten" zur Schaffung eines "freien und unabhängigen uighurischen Staates" aufgefordert wird (Zeit - Bild, 29.7.81).

Die chinesische Partei- und Staatsführung wird mit Sicherheit alles unternehmen, um separatistische Strömungen in Xinjiang im Keim zu ersticken. Zu diesem Zweck soll die bisherige Politik der ausschließlichen Unterdrückung der nationalen Minderheiten durch eine Politik der Peitsche und des Zuckerbrots abgelöst werden: Auf der einen Seite werden den nationalen Minderheiten in Xinjiang erhebliche Rechte bei der Ausübung ihres Glaubens eingeräumt (solange dies nicht die Alleinherrschaft der KPCh und die Produktion tangiert) und soll der Lebensstandard in Xinjiang erheblich verbessert werden, um so die einheimische Bevölkerung zumindest in ihrem unmittelbaren Lebensbereich zufriedener zu stellen. Auf der anderen Seite sollen die in Xinjiang stationierten VBA-Truppen und die dort angesiedelten Han- Chinesen auf jeden Fall für immer in Xinjiang bleiben (RMRB, 29.5.81; Radio Xinjiang, 19. und 20.5.81, nach SWB, 23.5.81). Eine weitere

Ansiedlung von Zigtausenden von Han- chinesischen Bauern in Xinjiang soll fest geplant sein. Mit diesen neuen Umsiedlungsaktionen sollen drei Ziele auf einmal erreicht werden:

September 1981

- 1. Entlastung der übervölkerten Gebiete im Landesinneren;
- 2. Urbarmachung von dringend benötigtem zusätzlichen Ackerland:
- Weitere Erhöhung des Anteils der Han-Chinesen an der Bevölkerung von Xinjiang (bisher ca.41%), d.h. fortgesetzte Sinisierung des früheren Ostturkestan.

(Zhengming, Nr. 43, S. 24; siehe hierzu u.a. auch R. von Schirach, "Sinkiang 1975: Alte Hypotheken, neue Zahlen", in C.a., Dezember 1975, S.754-766)

(21) Wiedereinsetzung von Militärkadern in der Provinz Hunan

Ende 1978 war aus unerfindlichen Gründen praktisch die gesamte Militärführung des Militärdistrikts Hunan verschwunden. Lediglich der Kommandeur des Militärdistrikts, Tong Guogui, hielt sich bis Anfang 1980, um dann durch Liu Zhanrong ersetzt zu werden.

Unter den 1978 verschwundenen Militärführern befanden sich die stellvertretenden Kommandeure des Militärdistrikts Chen Xin, Sun Zhengqian, Tang Caiyou, Wang Youhua und Wu Haijing, ferner die stellvertretenden Politkommissare Guan Jian und Ma Qi sowie die führenden Militärs (ohne bekannte Qualifikation) Huang Ligong und Kang Gansheng.

Diese 1978 untergegangene Militärmannschaft des Militärdistrikts Hunan trat anläßlich einer Militärparade zum Nationalfeiertag in corpore wieder auf, einschließlich des erst 1980 entmachteten Kommandeurs Tong Guogui. Was bedeutet das?

Hunan ist die Provinz, aus der Hua Guofeng hervorgegangen war, den Deng Xiaoping sowohl vom Parteivorsitz als auch vom Posten des Ministerpräsidenten abgedrängt hatte, um Mannen seiner Couleur in diese einzubringen. Deng Xiaoping, der sich 1978 anschickte, Hua Guofeng auszuschalten - was ihm ja schließlich auch gelang - wußte sich ursprünglich im Einklang mit der Militärführung. Nur so ist es zu verstehen, daß 1978 die Militärführung von Hunan, die ihre Posten Hua verdankte, ausgeschaltet werden konnte.

Wenn diese nun drei Jahre später ihr Comeback feiert, so sind hier deutliche Signale gesetzt. Sie laufen darauf hin-

- 1. Die Macht Hua Guofengs ist nicht völlig gebrochen.
- 2. Das Militär steht nicht unbedingt auf der Seite Deng Xiaopings, nachdem er sich zum Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KPCh erkoren hat.

-ba-

(22) Kaderausrichtung in Henan und maoistischer Widerstand in Hebei

Nach einem Bericht der RMRB vom 26. August ist die Bewältigung der Kulturrevolution in der Provinz Henan weitgehend beendet. "Das Henan-Provinzkomitee der KPCh ist streng der Kaderpolitik der Partei gefolgt und hat die Kader korrekt und angemessen behandelt, die während der 'Kulturrevolution' Fehler gemacht haben. Es hat der Vereinigung aller Kräfte, die vereinigt werden können, starke Aufmerksamkeit geschenkt und die Begeisterung der Kader für die Durchführung der vier Modernisierungen mobilisiert."

Henan war eine der am stärksten umkämpften Provinzen des Landes während der kulturrevolutionären Vergangenheit und eine der kulturrevolutionären Hochburgen. Eine Säuberung der Provinzpartei in großem Ausmaß scheint daher nicht möglich gewesen zu sein. Man war gezwungen, "die große Mehrheit der Kader vor allem durch Kritik, Hilfe und Erziehung zu behandeln". Das Provinzkomitee "bediente sich des Prinzips der Vorsicht in der organisatorichen Handhabung der Kader und schenkte der Vereinigung aller Kräfte, die vereinigt werden konnten, große Aufmerksamkeit. Das war der Hauptfaktor in der Aufrechterhaltung der Stabilität und Einheit und in der Stabilisierung der Lage."

Auch in anderen Provinzen werden die nachhaltigen Versuche der Parteiführung fortgesetzt, die Beschlüsse linien- und personalpolitischer Art des sechsten Plenums des ZK durchzusetzen (siehe C.a., Juli 1981, 0 7). Ständig wiederkehrende Warnungen vor Links- und Rechtsabweichlertum deuten darauf hin, daß es der Parteiführung immer noch nicht gelungen ist, ihren Kurs allgemein verbindlich durchzusetzen. Aus der Provinz Hubei heißt es, daß "einige Leute die wahre Natur der Umwandlung des Chaos in Ordnung verdrehen... Gegenwärtig ist es die Hauptsache, mit der Berichtigung linksabweichlerischer falscher Einflüsse fortzufahren, die seit langer Zeit vorgeherrscht haben" (nach SWB, 22.8.81). Am stärksten scheint der Widerstand der maoistischen Kräfte in der Provinz Hebei zu sein, wo seit Ende Juli 1981 die Massenmedien verstärkt zur Eliminierung "linker" Einflüsse aufrufen. Den vorliegenden Berichten aus Hebei zufolge gibt es in dieser Provinz nach wie vor folgende Probleme:

- Die Führungsorgane der verschiedenen Ebenen sind nicht ausreichend von politisch unzuverlässigen und fachlich unqualifizierten Funktionären gesäubert worden.
- Die Rehabilitierung von in den letzten dreißig Jahren nach den heutigen politischen Maßstäben - zu Unrecht verfolgten und z.T. eingekerkerten Personen ist immer noch nicht abgeschlossen.
- 3. Die von der Zentralregierung beschlossenen wirtschaftlichen Sanierungs- und Reformmaßnahmen sind unzureichend verwirklicht worden. In der landwirtschaftlichen Produktion konzentriert man sich nach wie vor auf den Anbau von Getreide. Es gibt Widerstand gegen die Einführung von leistungsorientierten Prämiensystemen und gegen die Etablierung von kollektiveigenen (statt staatlichen) Unternehmen.
- 4. Gerüchte werden fabriziert, um die nachmaoistische Partei- und Staatsführung anzugreifen.
- 5. Der anhaltende Widerstand gegen die von Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Hu Yaobang und anderen vertretene Politik hat dazu geführt, daß die Provinz Hebei in politischer, ideologischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht weit hinter dem nationalen Durchschnitt zurückliegt (Hebei Ribao, 30.7., 6. und 17.8.81, nach SWB, 21. und 26.8., 3. und 4.9.81; Radio Hebei, 15.8.81, nach SWB, 24.8.81).

Bereits im Januar 1980 war der zur maoistischen Fraktion zu zählende 1.Parteisekretär von Hebei, Liu Zihou, seines Amtes enthoben worden. Seinem Nachfolger Jin Ming ist es in eineinhalb Jahren offenbar immer noch nicht gelungen, den Widerstand maoistischer Kräfte in dieser die Hauptstadt Beijing umgebenden Provinz entscheidend zu brechen (siehe auch C.a., Oktober 1979, S.1104; C.a., Januar 1980, S.17; C.a., Juli 1981, 0 7).
-ma/sch-

(23) Oberalterung und unzureichende Schulbildung bei Shandonger Führungskadern weitverbreitet

Radio Shandong hat am 12. August 1981 (nach SWB, 18.8.81) in scharfer Form die Ablösung alter und/oder unfähiger Funktionäre durch junge, fachlich kompetente und politisch integre Kader gefordert. Unverblümt wurde den Führungsorganen der Provinz vorgeworfen, nicht den Erfordernissen der "Vier Modernisierungen" zu entsprechen. Unter den Funktionären auf und über Kreisebene seien lediglich 5,7% unter 40 Jahre alt, und weniger als 30% verfügten über einen Abschluß der Oberstufe der Mittelschule. Auf Bezirksebene betrage das Durchschnittsalter der Führungskader über 57 Jahre. Mehr als 20% von ihnen seien häufig krank und nicht mehr in der Lage, zu arbeiten. Wenn sich an diesem Zustand nichts ändere, würden die Führungsorgane der Provinz in wenigen Jahren vor einer schwierigen Situation stehen.

(24) Staatsrat gab Ernennungen bekannt

Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua gab am 17. September 1981 eine Liste von Regierungsfunktionären bekannt, die am 15. August vom Staatsrat offiziell ernannt worden waren (nach SWB, 19.9.81). Unter den neuernannten 38 Funktionären des Regierungsapparates befinden sich allein 17 neue Vizeminister. Die von Xinhua veröffentlichte Liste enthält sogar den neuen Kanzler der chinesischen Botschaft in Surinam – dies ist umso erstaunlicher, als der Staatsrat bzw. Xinhua in jüngster Zeit z.T. dazu übergegangen waren, noch nicht einmal die Berufung und Abberufung von chinesischen Botschaftern öffentlich bekanntzugeben. (Zu den Ernennungen siehe auch W.Bartke, "Personal Data", im englischen Teil dieses Heftes.)

-sch/ba-

(25) Delegiertenwahlen zum XII.Nationalen Parteitag der KPCh in Shaanxi

Auf einer Delegiertenversammlung der Parteiorganisation der Provinz Shaanxi am 23.Juli 1981 sind die Abgeordneten der Parteiorganisation dieser Provinz zum XII.Parteitag der KPCh bestimmt worden (nach SWB, 21.8.81).

(26) Erste Bauphase der Beijinger U-Bahn fertiggestellt

Auf einer Feier anläßlich der Beendigung der ersten Bauphase der Beijinger Untergrundbahn am 15.September 1981 wurde der Stadt Beijing die fertiggestellte Streckenführung in einer Länge von 23,6 km offiziell zum Betrieb übergeben. Der Bau dieser ersten Streckenführung, die 17 Stationen umfaßt, war im Juli 1965 begonnen und im Oktober 1969 im wesentlichen abgeschlossen worden. Der Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua vom 16.September 1981 zufolge war danach der Testbetrieb aufgenommen worden – demnach dauerte dieser allein über zehn Jahre.

(27) Lob und Beförderung für Zwangsmaßnahmen zur Senkung der Geburtenrate

Nachdem die "Erfolge und Erfahrungen" des Bezirks Huiyang bei der Senkung der Geburtenrate vom Parteikomitee der Provinz Guangdong Ende August 1981 positiv bewertet worden sind und nun in der gesamten Provinz Guangdong popularisiert werden sollen, ist der für die Zwangsmaßnahmen hauptverantwortliche Bezirksparteisekretär Du Ruizhi zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees der Provinz Guangdong befördert worden. Dies berichtete die Hongkonger Zeitschrift Zhengming in ihrer Oktober-Ausgabe (S.42). Ober die im Bezirk Huiyang angewandten Methoden zur Senkung der Geburtenrate berichtete R.Machetzki in C.a., August 1981, S.517-519. Auf einer von den politischen Führungsorganen der Provinz Guangdong Ende August 1981 in Huizhou abgehaltenen Konferenz zur Familienplanung wurden die Führungskader des Bezirks Huiyang u.a. dafür gelobt, daß sie "den guten Arbeitsstil der Partei, nämlich den Massen zu dienen, an den Tag legten, indem sie bei der Familienplanung gute Arbeit geleistet haben" (Radio Guangdong, 29.8.81, nach SWB, 3.9.81). Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete am 11. September 1981 von zahlenmäßigen Erfolgen bei der Geburtenregelung im Bezirk Huiyang: Durch "geduldige und gewissenhafte ideologische Arbeit unter den Massen" sei es gelungen, die Geburten- und Bevölkerungszuwachsrate zu senken. Diese Erfolge habe man im Mai und Juni d.J. durch "Oberzeugung und Erziehung" erreichen können. Besonders große Erfolge habe man im Kreis Dongguan erzielen können: Dort hätten die Funktionäre innerhalb eines Monats über 27.000 Menschen "überzeugen" können, sich einem "Eingriff zur Geburtenkontrolle" zu unterziehen (nach SWB, 2.10.81; siehe auch RMRB, 12.9.81). Die linke Hongkonger Tageszeitung "Zhengming Ribao" (die mittlerweile aufgrund eines Anzeigenboykotts kommunistischer Unternehmen ihr Erscheinen einstellen mußte) berichtete am 27. und 28. Juli 1981, was sich die Leser der Xinhua-Meldung vom 11. September 1981 unter "geduldiger und gewissenhafter ideologischer Arbeit unter den Massen" und unter "Oberzeugung und Erziehung" auf dem Gebiet der Familienplanung vorzustellen haben (siehe C.a., August 1981, S.518): Mit Hilfe verschiedener Zwangsmethoden wurden im Bezirk Huiyang innerhalb von zwei Monaten 47.000 Schwangerschaftsunterbrechungen durchgeführt. Selbst im 9.Monat schwangere Frauen mußten sich einer "Abtreibung" unterziehen. Sanktioniert worden waren diese Eingriffe auf einem vom Bezirksparteikomitee von Huiyang einberufenen Treffen Ende April/Anfang Mai 1981. Einem Bericht der Hongkonger Zeitschrift "Zhengming" (Nr.45, 1.7.81, S.30) zufolge soll ein Sekretär des Bezirksparteikomitees auf diesem Treffen u.a. folgende Ansicht vertreten haben: "Solange man ungeborene Kinder aus dem Bauch herausholt, ist das eine zivilisierte Methode. Erst wenn man (bereits) geborene Kinder totmacht, kann das als grausam bezeichnet werden." Ergänzend berichtete Zhengming Ribao am 29. Juli 1981, daß der für die Zwangsmaßnahmen hauptverantwortliche Bezirksparteisekretär von Huiyang, Du Ruizhi, den Haß der Bevölkerung auf sich gezogen habe und von der örtlichen Bevölkerung als "der Faschist Du" (Du Xisi) bezeichnet werde. Auch unter den lokalen Funktionären habe es Unmut über die radikalen Maßnahmen zur Geburtenregelung gegeben: Man habe die Massen als Feinde behandelt, so daß das Ansehen der Kommunistischen Partei gelitten habe und die Beziehungen zwischen Partei und Bevölkerung nun noch gespannter seien (nach SWB, 6.8.81; siehe auch Zhengming, Nr.45, S.30-31).

(28) Geburtenkontrolle auch für nationale Minderheiten?

Der Direktor des Büros für Gesundheitswesen der Provinz Qinghai, der Tibeter Bammabanzhen, hat sich Mitte 1981 für Maßnahmen zur Geburtenkontrolle auch unter Chinas nationalen Minderheiten ausgesprochen. Dies berichtete Radio Qinghai am 1.Juli 1981 (nach SWB, 15.7.81). Radio Qinghai zufolge wird diese Ansicht von "einigen führenden Genossen auf Provinzebene" geteilt. Um das vielfach gespannte Verhältnis zwischen den nationalen Minderheiten und der Han-Majorität nicht noch weiter zu belasten, hat die chinesische Zentralregierung die nationalen Minderheiten bisher von den staatlichen Regelungen zur Geburtenkontrolle (Ein-Kind-Familie, Strafmaßnahmen für Familien mit zwei bzw. drei und mehr Kindern usw.) ausgenommen.

(29) Neue "Verantwortungssysteme" in der landwirtschaftliichen Produktion führen zum erneuten Anstieg der Geburtenrate

Aus mehreren Provinzen ist im September 1981 ein erneuter Anstieg der Geburtenrate gemeldet worden. Die vorliegenden Berichte führen diesen Anstieg ausnahmslos auf die Einführung neuer "Verantwortungssysteme" in der landwirtschaftlichen Produktion zurück. So berichtete Radio Shandong am 24. September 1981, daß die Einführung liberalerer wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Agrarsektor nicht nur zu einer Erhöhung der Produktion, sondern auch zu einem verstärkten Bevölkerungszuwachs geführt hätten: "Die Leute meinen fälschlicherweise, daß mehr Kinder auch mehr Arbeitskräfte bedeuten, und damit auch mehr Einkommen. Sie fangen an, mehr Kinder haben zu wollen, insbesondere Söhne. Einige Orte haben die Kontrolle über das Bevölkerungswachstum verloren. Die Geburtenrate in den ländlichen Gebieten ist bereits in einem schnellen Ansteigen begriffen... Familienplanung ist in unserer Provinz unbedingt erforderlich. 1949 betrug das Ackerland in unserer Provinz 3 Mu pro Kopf der Bevölkerung (15 Mu = 1 ha). Ende 1980 waren es jedoch nur noch 1,49 Mu" (nach SWB, 2.10.81; siehe auch Radio Shaanxi, 26.9.81, Fujian Ribao, 5.9.81 und Radio Beijing, 21.9.81, alle nach SWB, 2.10.81). -sch-

(30) Erheblicher Anstieg der Malaria-Erkrankungen in fünf Provinzen

Das Allgemeine Büro des Staatsrats (Zentralregierung) hat in einem Rundschreiben vom 14.August 1981 bessere Maßnahmen zur Vorbeugung und Kontrolle der Malaria gefordert. Seit dem vergangenen Jahr sei die Zahl der Malaria-Erkrankungen in den Provinzen Jiangsu, Shandong, Henan, Anhui und Hubei erheblich angestiegen und habe im 1.Hj. 1981 um 60% höher gelegen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Wenn nicht entschlossene Vorbeugungsmaßnahmen getroffen würden, könne die Verbreitung der Malaria epidemische Ausmaße erreichen (Xinhua, 30.8.81, nach SWB, 4.9.81).

(31) Strafe für Fluchtversuch

Eine 41jährige chinesische Dolmetscherin, Zhang Shuqiu, die zu Beginn des Jahres 1981 eine hochrangige Delegation des chinesischen Außerministeriums nach Japan begleitete, war nachts in der Stadt Sendai aus den Unterkünften der Delega-ma-

tion geflohen. Später meldete sie sich bei der chinesischen Botschaft in Tokyo und wurde nach China zurückgeschickt. Laut Nachrichtenagentur Kyodo haben chinesische Quellen bestätigt, daß die chinesischen Behörden den Fall als schwerwiegend ansehen und entsprechend behandeln. Nach chinesischer Ansicht sei dies ein Beispiel "für Verbrechen, die unter dem Einfluß 'korrupter ausländischer Kultur und Ideen' begangen werden. Die Dolmetscherin sei den Verlockungen eines japanischen Fachmanns für ausländische Angelegenheiten erlegen, mit dem sie in enger Verbindung stand" (nach SWB, 14.8.81).

(32) Chinesische Zeitschrift bringt Einzelheiten

des Todes von Lin Biao

Die Zeitschrift "Hangkong Zhishi" (Luftfahrtwissen) hat am 3. September 1981 einige Einzelheiten über den Tod Lin Biaos und acht seiner Helfershelfer, darunter auch seine Frau Ye Qun und sein Sohn Lin Liguo, bekanntgegeben. Der offiziellen chinesischen Version nach hatten sich Lin Biao und einige seiner Mitverschwörer nach dem Scheitern eines Mordversuchs an Mao und eines damit zusammenhängenden Staatsstreichs mit einem Flugzeug vom Typ Trident am 13. September 1971 in Richtung Sowjetunion abgesetzt. Die Maschine sei jedoch aufgrund technischer Mängel über dem Gebiet der Mongolischen Volksrepublik abgestürzt, wobei alle Insassen den Tod gefunden hätten. Ergänzend hierzu gab "Hangkong Zhizhi" nun bekannt, daß die chinesische Botschaft in Ulan Bator am Tage nach dem Unfall von den mongolischen Behörden hierüber informiert worden sei. Danach hätten sich chinesische Beamte zum Absturzort begeben, um die Leichen zu identifizieren. Der Unfallort befände sich etwa 150 km östlich von Ulan Bator. Drei Tage nach dem Flugzeugabsturz seien Lin Biao und die anderen acht "Verschwörer" ohne Beerdigungszeremonie nur wenige hundert Meter von der Absturzstelle entfernt begraben worden. Damit hat zum ersten Mal eine chinesische Zeitschrift über das Verbleiben der Leiche von Lin Biao berichtet. Zu der Unfallursache schrieb "Hangkong Zhizhi", daß der Absturz der Maschine z.T. dadurch verursacht worden sei, daß der Pilot in Panik geraten sei, als der Treibstoff ausging. Offenbar sei eine Notlandung geplant gewesen, denn die aufgefundenen Leichen hätten weder Schuhe noch Armbanduhren getragen. Im letzten Augenblick sei die Maschine jedoch außer Kontrolle geraten und explodiert (nach AFP, 3.9.81, in MD, 7.9.81). Mit der Veröffentlichung dieser Einzelheiten über den Tod des früheren chinesischen Verteidigungsministers und offiziellen Nachfolgers von Mao Zedong soll offensichtlich die Glaubwürdigkeit der offiziellen Version vom Ende Lin Biaos unterstrichen werden (zur offiziellen Version des Falls Lin Biao und seiner Bewertung siehe C.a., Oktober 1972, S.34-42; C.a., Dezember 1980, S.1065-1068; C.a., Juni 1981, 0 17). -sch-

VERTEIDIGUNG

(33) Umfangreiche VBA-Manöver in Nordchina

Anfang September 1981 fand in Nordchina ein umfangreiches Manöver der Chinesischen Volksbefreiungsarmee statt. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua machte keine Angaben über den genauen Ort und Zeitpunkt der Manöver (RMRB, 27. und 28.9.81). Aus diplomatischen Kreisen in Beijing verlautete jedoch, daß die großangelegten Militärübungen zwischen

dem 1. und 10. September in der Nähe der nordwestlich von Beijing gelegenen Stadt Zhangjiakou (Kalgan) stattgefunden hätten. An der Militärübung sollen zwischen 100.000 und 200.000 Soldaten der VBA-Verbände der Militärregion Beijing und der Luftwaffe teilgenommen haben. Zum Einsatz kamen Artillerie, Panzertruppen, Pioniere, Fallschirmjäger, Luftlandetruppen und die Luftwaffe. Die offizielle Berichterstattung über das Manöver betonte, daß die Militärübung unter modernen Bedingungen stattgefunden und die Besonderheiten der modernen Kriegsführung verkörpert habe. Bei dem Manöver sei der gegenwärtige Stand der Modernisierung und der Professionalisierung der VBA erprobt worden. Es habe sich gezeigt, daß sich Waffen und Ausrüstung der Armee erheblich verbessert hätten. Leiter der Militärübung soll der VBA-Generalstabschef, General Yang Dezhi, gewesen sein. Im Anschluß an das Manöver fand eine rund zweistündige Truppenparade statt, an der nahezu die gesamte Partei-, Armee- und Staatsführung der Volksrepublik China teilnahm. Sie war am 24. September in Beijing wiederum fast vollständig vertreten anläßlich eines Empfangs für die militärischen Führungskader der Militärübung.

Für das Manöver im militärstrategisch äußerst bedeutsamen Nordwesten der Militärregion Beijing dürfte es mehrere Gründe gegeben haben:

- 1. Die Verteidigungsbereitschaft der Volksrepublik China gegenüber einem Angriff von seiten der Sowjetunion sollte nicht nur erprobt, sondern auch gegenüber der UdSSR demonstriert werden: Die an der Eisenbahnlinie Ulan Bator Beijing gelegene Stadt Zhangjiakou liegt in der potentiellen Einfallschneise sowjetischer Truppen im Falle eines Angriffs der UdSSR auf Nordchina (insbesondere Beijing). Darüber hinaus sollte der Sowjetunion gezeigt werden, daß sie im Falle eines Angriffs auf China mit entschiedenem Widerstand nicht nur in Form des lange Zeit überbetonten "Volkskriegs", sondern auch mit allen Formen der modernen Kriegsführung zu rechnen hat.
- 2. Mit dem Manöver sollten Methoden der modernen Kriegsführung eingeübt und der gegenwärtige Stand der Modernisierung und der erst kürzlich in Angriff genommenen Professionalisierung der Armee erprobt werden. Da die VBA fast nur über Volkskrieg-Erfahrung verfügt und sich diese einseitige Erfahrung in der Kriegsführung während des Feldzugs gegen Vietnam als nachteilig erwies, sind Manöver zur Einübung von Methoden der modernen Kriegsführung von besonderer Bedeutung für die Erhöhung der Schlagkraft der chinesischen Armee.
- 3. Das Manöver sollte der Verbesserung der Logistik der VBA und der Verbesserung der Koordination zwischen den verschiedenen Truppenteilen dienen. Gerade auf diesem Sektor hatte es erhebliche Schwierigkeiten während des Feldzugs gegen Vietnam im Frühjahr 1979 gegeben. So wurde denn auch in der offiziellen Berichterstattung über die Manöver in Nordchina die "gute Koordination der Einheiten untereinander" betont.
- 4. Innenpolitisch könnte das Manöver zum Ziel gehabt haben, das Prestige und das Selbstwertgefühl der VBA, das nach Haushaltskürzungen, Zurückdrängung des politischen Einflusses der Armee, dem Prozeß gegen die militärische "Lin-Biao-Clique" und den Schwierigkeiten beim Feldzug gegen Vietnam stark angekratzt ist, zu heben.
- 5. Schließlich wurde durch die Anwesenheit Deng Xiaopings während des Manövers und durch die Teilnahme fast der gesamten Partei- und Staatsführung an der anschließenden Truppenparade und am Empfang für die Militärführer der Militärübung die Einheit zwischen der Armee und der nachmaoistischen Par-